

Bericht zum Online-Dialog „Gutes Essen für Schulen und Kitas in Schleswig-Holstein – was kann die zukünftige Landesregierung tun?“

05.05.2022, 17-19 Uhr

Wie kann die Landespolitik eine nachhaltige Kita- und Schulverpflegung fördern und damit den notwendigen Wandel hin zu einem nachhaltigen Ernährungssystem spürbar voranbringen? Diese Frage war Thema einer Online-Dialogveranstaltung im Vorfeld der Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Etwa 50 Teilnehmer*innen verfolgten die Inputs zu Erfolgsmodellen und politischen Handlungsoptionen sowie der anschließenden Diskussion zwischen Landespolitiker*innen.

Ina Walenda (Naturfreunde Schleswig-Holstein), Antje Edler (Eine Welt im Blick/BEI) und Julia Sievers (Agrar Koordination/Projekt Gutes Essen macht Schule) machten in ihren Eingangstatements auf die Probleme des aktuellen Ernährungssystems aufmerksam. Sie verdeutlichten, dass eine nachhaltige Verpflegung in öffentlich finanzierten Einrichtungen ein zentraler Hebel für den Wandel zu einem nachhaltigeren Landwirtschafts- und Ernährungssystem insgesamt ist und stellten ihre Forderungen an die zukünftige Landesregierung vor.

Volker Jahr berichtete als Küchendirektor der Kinderwelt Hamburg gGmbH in einem Interview mit der Moderatorin Anke Butscher davon, wie nachhaltiges Catering in der Praxis gelingen kann. Aus der Motivation heraus, mehr Lebensqualität für alle zu schaffen, verwendet sein Catering-Service ausschließlich Biozutaten. Die tierischen Produkte kommen sogar von demeter- und Bioland-zertifizierten Bauernhöfen aus der Region. Er verdeutlichte zudem, dass sich der Preis bei der Umstellung auf 100%-Bio-Mittagessen nicht verdoppeln muss, wenn auf geeignete Ausgabeconzepte und auf eine entsprechende Speiseplangestaltung geachtet wird. Trotzdem machte er darauf aufmerksam, dass gute Qualität und Nachhaltigkeit seinen Preis hat und dass es beim Mittagessen an Kitas und Schulen nicht um möglichst niedrige Preise gehen darf. Die Politik müsse entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und über die Umweltfolgen der konventionellen Landwirtschaft aufklären, damit ein Umdenken in der öffentlichen Verpflegung stattfindet. Einkommensschwache Familien sollten bei den Kosten für die Verpflegung unterstützt werden. „Mein Wunsch wäre es, dass das Mittagessen ein zentraler Teil des Schullebens wird.“

Das Interview der Moderatorin mit Line Rise Nielsen, der Direktorin für Ernährungspolitik vom Copenhagen Food System Centre, veranschaulichte die Möglichkeiten für eine nachhaltige Ernährung in öffentlichen Einrichtungen am Beispiel Dänemark. Seit dem Start des „Bio-Aktionsplan für Dänemark“ und der Gründung einer Zusammenarbeit zwischen lokalen und regionalen Behörden und Ministerien, haben rund 2000 Küchen in ganz Dänemark auf eine biologische Verpflegung umgestellt. Das Copenhagen House of Food und ihr Beratungsansatz –

die „Kopenhagener Methode“ – spielte eine zentrale Rolle, um die Stadt in ihren Zielen für höhere Bioanteile und eine beständige und langfristige öffentliche Essensversorgung zu unterstützen. Sie stellte heraus, dass dafür besonders die Analyse der individuellen Beschaffungsmaßnahmen und die Motivation und Wertschätzung der Küchenarbeiter*innen von Bedeutung war: „Wir sollten sie loben und die Arbeit, die sie leisten, stärker anerkennen.“ Seither hat sich die ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche in Dänemark verdoppelt. Zum Schluss motivierte Frau Nielsen die Politiker*innen dazu, Lebensmittel als strategische Ressource für viele soziale und ökologische Probleme zu betrachten und die langfristige Investition für eine nachhaltigere Zukunft zu wagen.

In seinem Vortrag konnte der Jurist und Experte für nachhaltige Beschaffung André Siedenbergs wichtige Einblicke in die Handlungsoptionen für die Förderung einer nachhaltigen Ernährung in öffentlich finanzierten Einrichtungen auf landespolitischer Ebene geben. Er machte darauf aufmerksam, dass „im Vergaberecht ausdrücklich steht, dass bei der Beschaffung soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt werden dürfen“. Nachhaltigkeitsaspekte können durch die Landesregierung auch verpflichtend für das Vergabeverfahren festgelegt werden. Das bedeutet unter anderem, dass das ‚wirtschaftlichste‘ Angebot nicht dem günstigsten Produkt entsprechen muss. Verschiedene Nachhaltigkeitsaspekte – wie zum Beispiel der Einsatz von Bio-Lebensmitteln und fair gehandelten Lebensmitteln – können eine zentrale Rolle bei der Vergabe spielen. Und auch für Einrichtungen privater Träger (wie zum Beispiel Kitas), die Landesgelder erhalten, können Qualitäts- und Nachhaltigkeitsvorgaben für die Verpflegung gesetzt werden. Siedenbergs Appell an die Politik: „Seien Sie an dieser Stelle einfach mutig. Nachhaltige Beschaffung ist ein wahnsinnig wichtiges Thema und der Hebel, den wir damit haben, ist riesengroß.“ Der rechtliche Rahmen sowie der Wille der Konsument*innen sei da. Entscheidend sei auch, dass die Landespolitik Vorgaben durch die Förderung von Unterstützungs- und Beratungsleistungen begleitet.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Eka von Kalben (Bündnis 90/Die Grünen), Anette Röttger (CDU), Sandra Redmann (SPD), Sybilla Nitsch (SSW) und Dennys Bornhöft (FDP) wurde diskutiert, wie eine nachhaltige Ernährung in Kitas und Schulen auf landespolitischer Ebene vorangebracht werden kann. Dabei trat Eka von Kalben für die Schaffung verbindlicher Rahmenbedingungen – wie die Einführung der DGE-Standards – ein und befürwortete Maßnahmen für eine Erhöhung des Bio-Anteils in der Verpflegung von Kitas und Schulen. Sybilla Nitsch unterstützte die vorgetragenen zivilgesellschaftlichen Forderungen an die zukünftige Landesregierung komplett und machte darauf aufmerksam, dass die Gesundheit unserer Kinder keine Frage des Geldes sein dürfe. Sandra Redmann verdeutlichte, dass ökologische und soziale Standards sowie die Erstellung einer Ernährungsstrategie direkt nach der Wahl zentral seien und dass eine Bestandsaufnahme als absolute Grundlage wichtig sei. Anette Röttger sprach sich für mehr Ernährungsbildung, z.B. durch Programme zu eigenen

Schulküchen sowie Schulgärten aus, betonte den hohen Wert der Regionalität sowie die Freiheit über Ernährungsentscheidungen, die nicht die Aufgabe der Landespolitik sei. Dennys Bornhöft sprach sich ebenfalls für die Regionalität von Lebensmitteln als zentralen Aspekt aus sowie für eine finanzielle Unterstützung vonseiten des Landes, damit die Kita- und Schulverpflegung für Eltern finanzierbar bleibe.

Zum Schluss fasste die Moderatorin noch einmal die wichtigsten Aspekte der Diskussion zusammen, in der die Politiker*innen vor allem herausstellten, dass die Agrarreform und die Ernährungsstrategie zusammengedacht werden müssen. Einigkeit bestand darin, dass die Landespolitik sich für eine Weiterentwicklung der Kita- und Schulverpflegung einsetzen und dazu auch finanzielle Beiträge leisten sollte. Als möglicher Rahmen für die Etablierung verbindlicher Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards wurde das KiTa-Reform-Gesetz diskutiert, in dem auch für andere Bereiche des Kitaalltags Qualitätsstandards etabliert wurden. Unterschiedliche Auffassungen gab es während der Diskussion zur Frage, welche Nachhaltigkeitsaspekte besonders wichtig sind. Bei der abschließenden Umfrage wurde deutlich, dass sich alle Teilnehmer*innen des Online-Dialogs wünschen, dass sich die Landesregierung für eine nachhaltige Kita- und Schulverpflegung einsetzt. Die als am wichtigsten bewerteten Maßnahmen waren die Unterstützung der Kita- und Schulträger bei der Etablierung von Nachhaltigkeitsstandards und die Finanzierung eines Bildungs- und Beratungsprogramms.



Die Veranstaltung wurde im Rahmen des Projektes Gutes Essen macht Schule von der Agrar Koordination in Kooperation mit NaturFreunde Schleswig-Holstein, dem Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI), und dem Umwelthaus am Schüberg organisiert. BINGO! Die Umweltlotterie stellte finanzielle Unterstützung bereit.